

Eine reife Nachbarschaft? Die deutsch-polnische Grenze aus der Perspektive von 18 Jahren Schengen-Erfahrung

Elżbieta Opilowska (Universität Wrocław) & Kamil Bembnista (Luxembourg Institute of Socio-Economic Research)

Zusammenfassung

Der Beitrag untersucht die Entwicklung der deutsch-polnischen Grenze vor dem Hintergrund der europäischen Integration und des 18. Jahrestages des Inkrafttretens des Schengener Übereinkommen in Polen im Jahr 2007. Mit der Entwicklung von einer geschlossenen zu einer offenen Grenze gingen allerdings viele Herausforderungen und Wendepunkte einher. Historische Belastungen und politische Spannungen, insbesondere während der Regierungszeit der PiS-Partei in Polen, spielten dabei eine wichtige Rolle. Die Analyse bezieht sich auf vier Ereignisse, die eine starke Resonanz im öffentlichen Diskurs in Polen und Deutschland fanden. Es handelt sich um die Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für polnische Arbeitskräfte im Jahr 2011, die deutsch-polnischen Spannungen im Kontext der sog. Migrationskrise, die Abgrenzungspraktiken während der Covid-19-Pandemie und den Konflikt um die Energiepolitik. Ziel ist es, die diskursive Konstruktion der Grenze in den letzten zwei Jahrzehnten anhand eigener Forschungsquellen wie Zeitungsartikel und Interviews sowie Sekundärliteratur nachzuzeichnen. Dabei werden sowohl physische als auch symbolische *(De)bordering*-Prozesse analysiert.

Schlagworte

deutsch-polnische Grenze, Schengener Übereinkommen, Grenzkrisen, Covid-19, Turów, Migrationskrise

1. Einführung

Der deutsch-polnische Grenzraum bietet ein interessantes Fallbeispiel für die Untersuchung von Transformationsprozessen in Europa. Er hat sich

von einem hermetisch geschlossenen Grenzregime der Nachkriegszeit zu einer offenen Grenze in der Europäischen Union entwickelt. Diese Transformation verlief jedoch nicht linear, sondern mit vielen Höhen und Tiefen. Ein Höhepunkt war sicherlich der Wegfall der Grenzkontrollen im Rahmen des Schengener Übereinkommens vom 21. Dezember 2007. Die Feierlichkeiten fanden unter anderem symbolträchtig am deutsch-polnischen Grenzübergang Porajów-Zittau statt. Das Bild des tschechischen Ministerpräsidenten Miroslav Topolánek, der gemeinsam mit dem polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk und der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel den Schlagbaum aufgehoben haben, hat sich in das kollektive Gedächtnis eingebrannt. Doch der Weg dorthin war steinig und die Beziehungen in der deutsch-polnischen Grenzregion über viele Jahre von der Geschichte belastet – und sie prägen den Umgang vor Ort noch teilweise bis heute.

Die deutsch-polnische Grenze wurde nach dem Zweiten Weltkrieg als Ausgleich für die Gebietsverluste Polens an die Sowjetunion errichtet. Dieser Entscheidung folgte eine Massenmigration von Deutschen, die die neu geschaffenen West- und Nordgebiete Polens verlassen mussten. Pol:innen wiederum wurden aus den östlichen Grenzgebieten (Kresy) in die neuen westlichen Grenzgebiete in Polen umgesiedelt. Die deutschen Vertriebenen ließen sich sehr oft direkt hinter der Grenze nieder, weil sie hofften, in ihre „verlorene Heimat“ zurückkehren zu können. Die Hoffnung der Deutschen bedeutete jedoch Ungewissheit für die neuen polnischen Siedler:innen (Opilowska, 2009). Diese Ungewissheit wurde dadurch verstärkt, dass die Grenze bis 1990 offiziell nicht bestätigt war. Darüber hinaus verlief die Grenze quer durch die strukturellen und kulturellen Landschaften. Die Gesellschaften auf beiden Seiten der Grenze mussten sich daher mit dem historischen Trauma ihrer Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg auseinandersetzen, das im öffentlichen Diskurs verschwiegen wurde (Opilowska, 2021a). Während der kommunistischen Ära wurden die bilateralen Beziehungen von der Propaganda des Friedens und der sozialistischen Freundschaft dominiert. Die Ungewissheit der Grenze führte auch zu einer schwachen regionalen Identifikation der Bewohner:innen. Weitere Probleme wie sprachliche und kulturelle Barrieren sind auch auf das Fehlen gemeinsamer historischer Erfahrungen in der Longue-Durée-Perspektive zurückzuführen, wie es beispielsweise im deutsch-französischen Grenzraum der Fall ist. Darüber hinaus führte die anhaltende Darstellung Deutschlands als Polens Hauptfeind im öffentlichen Diskurs während der kommunistischen Zeit zu

einem Gefühl der Angst und einem Mangel an sozialem Vertrauen unter den polnischen Grenzraumbewohner:innen (Opiłowska, 2021a).

Dennoch war die Auseinandersetzung mit dem schwierigen historischen Erbe auch eine wichtige Motivation für die Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen und die Entwicklung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit nach dem Fall des Eisernen Vorhangs. Der neue Dialog über die bilateralen Beziehungen wurde ideologisch durch das Versöhnungsnarrativ geprägt, das „moralische Imperative mit pragmatischen Interessen“ verband (Gardner-Feldman, 1999a, 1999b, S. 334). Unter dem Vorzeichen normativer Versöhnungsvorstellungen wurden zahlreiche grenzüberschreitende Veranstaltungen, Schüleraustausche, kulturelle Begegnungen und gemeinsame Projekte organisiert (Opiłowska & Sus, 2021). Mit der politischen Wende in Polen und Deutschland eröffneten sich neue Perspektiven für die Grenzregionen. Im Jahr 1990 wurde der deutsch-polnische Grenzvertrag unterzeichnet, gefolgt von einem Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit im Jahr 1991. Diese Dokumente bildeten die Grundlage für die zukünftige grenzübergreifende Zusammenarbeit. Anfang der 1990er Jahre wurden in rascher Folge deutsch-polnische Partnerschaftsabkommen geschlossen und Euroregionen gegründet (Ulrich, 2021). Der europäische Integrationsprozess sowie zahlreiche Förderprogramme wie INTERREG und schließlich das Schengener Übereinkommen von 2007, trugen wesentlich zum Abbau vieler Grenzbarrieren bei.

Im Jahr 2024 feierte Polen den 20. Jahrestag seines EU-Beitritts. Im Jahr 2025 wird das Schengener Abkommen 40 Jahre alt, das Inkrafttreten in Polen jährt sich zum 18. Mal. Doch im Zuge dieser fundamentalen Integrationsprozesse: wie steht es heute um die Nachbarschaft an der deutsch-polnischen Grenze? Ist sie gereift und resilient geworden? Welche Auswirkungen haben die jüngsten Krisen auf die Wahrnehmung der offenen deutsch-polnischen Grenze im Schengen-Raum, z. B. die Abkühlung der deutsch-polnischen Beziehungen während der Machtübernahme der nationalkonservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) in Polen, die pandemiebedingten Grenzsicherungen und Grenzkontrollen 2020/2021, der Konflikt um den Tagebau Turów 2020/21 oder die Entscheidung Deutschlands, im Oktober 2023 u. a. aufgrund der Krise an der polnisch-belarussischen Grenze wieder Grenzkontrollen einzuführen?

Ziel dieses Beitrags ist es, die diskursive Konstruktion der deutsch-polnischen Grenze aus der Perspektive der jüngsten Krisenmomente zu

untersuchen. Als Quellen dienen Presseartikel und Interviews, die im Rahmen verschiedener Forschungsprojekte¹ der beiden Autor:innen gesammelt wurden, sowie Sekundärliteratur. Die wichtigsten Wendepunkte an der deutsch-polnischen Grenze werden chronologisch mit dem Fokus auf die Konstruktion der Grenze anhand der Quellen analysiert. Es werden die Ereignisse ausgewählt, die im deutsch-polnischen öffentlichen Diskurs auf breite Resonanz stießen, wie die Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes, Migrationskrise, pandemiebedingten Grenzeinschränkungen und der Konflikt um den Tagebau Turów. Dabei haben wir sowohl physische als auch symbolische Prozesse von *(De)bordering* analysiert.

2. Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für polnische Arbeitnehmer:innen

Die Frage der Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für polnische Arbeitnehmer:innen führte zu einer intensiven öffentlichen Debatte. Während Länder wie Großbritannien oder Irland ihre Arbeitsmärkte bereits 2004 für Arbeitskräfte aus den neuen EU-Mitgliedsländern öffneten, zögerten Deutschland und Österreich bis 2011. Im politischen Diskurs schürte die rechtsextreme Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) Ängste vor einer „Poleninvasion“ und warnte vor einer Zunahme polnischer Zuwanderer, die Deutschen Arbeitsplätze wegnehmen und Sozialleistungen missbrauchen würden (Opilowska, 2012). Diese Ängste wurden auch von den Medien aufgegriffen, die häufig über die negativen Folgen der Zuwanderung berichteten. Die zu dieser Zeit durchgeführten Umfragen des Marktforschungsinstituts GfK ergaben, dass sich im Jahr 2011 fast zwei Drittel der Befragten in Deutschland Sorgen über die Konkurrenz

1 Elżbieta Opilowska sammelte Quellen im Rahmen der folgenden Projekte: Polen und Deutschland in der Europäischen Union – neue Formen und Modelle der bilateralen Beziehungen in der Außenpolitik und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (2017–2020, gefördert von der DPWS); *(De/Re)Constructing borders – narratives and imaginaries on divided towns in Central Europe in comparative perspective* (2019–2023, gefördert von NCN); *Multidimensional Dynamics of Bilateral Relations – Poland and Germany in the European Union* (2021, gefördert von der DPWS); *Resilience of cross-border cooperation in Europe – comparative analysis of German-Polish and German-French border areas* (2022–2025, gefördert von der DPWS); *B-SHAPES: Borders Shaping Perceptions of European Societies* (Horizon Europe, 2023–2026). Kamil Bembnista basierte seine empirischen Analysen auf Daten aus den folgenden Projekten: *Sozio-räumliche Transformationen im deutsch-polnischen Grenzraum* (2018–2020, gefördert von DFG-NCN); *Energy Borderlands: Energiestransitionen im deutsch-polnischen Grenzraum* (2021–2024, gefördert durch das BMBF).

aus Osteuropa machten. 43 Prozent sahen sowohl qualifizierte als auch gering qualifizierte Arbeitsplätze gefährdet, während 30 Prozent vor allem den Zustrom unqualifizierter Arbeitskräfte fürchteten. Nur 15 Prozent der Befragten sahen keine Bedrohung durch die Öffnung des Arbeitsmarktes (Gazeta Prawna, 2011). Daraus lässt sich schließen, dass die negative Berichterstattung die öffentliche Wahrnehmung beeinflusste und Ängste vor Lohndumping und Arbeitsplatzverlust schürte.

Mit der Öffnung des Arbeitsmarktes am 1. Mai 2011 zeigte sich jedoch, dass nicht die befürchteten Millionen polnischer Migrant:innen nach Deutschland strömten. Viele der erhofften Fachkräfte waren bereits in andere Länder wie Großbritannien und Irland abgewandert. Außerdem gab es schon vor der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit Erleichterungen beim Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt, insbesondere für Ingenieur:innen und Hochschulabsolvent:innen. Diese konnten seit 2007 in Deutschland arbeiten, ohne die Arbeitsmarktpflicht ablegen zu müssen. Darüber hinaus hatten polnische Saisonarbeiter:innen seit 1990 die Möglichkeit, legal in Deutschland zu arbeiten, was die Migration bereits vor der vollständigen Marköffnung begünstigte (Kaczmarczyk & Łukowski, 2004).

Mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit im Jahr 2011 ist jedoch eine wichtige ökonomische und symbolische Grenze in den deutsch-polnischen Beziehungen weggefallen. Die Regierungen beider Länder betonten die Bedeutung des Abbaus von Mobilitätshindernissen. Anlässlich des 20. Jahrestages des deutsch-polnischen Vertrages wurde am 21. Juni 2011 ein Kooperationsprogramm gestartet, das „Faire Mobilität“ fördern und Missbrauch verhindern sollte. Beratungsstellen in mehreren deutschen Städten sollten in polnischer Sprache informieren. Ein weiterer Aspekt war die trilaterale Partnerschaft EURES-TriRegio, die seit 2004 besteht und die Zusammenarbeit von Arbeitsverwaltungen und Gewerkschaften in der deutsch-polnisch-tschechischen Grenzregion fördert. Diese Initiative unterstützte die faire Mobilität von Grenzpendler:innen und trug zur Schaffung eines gemeinsamen Marktes bei (Frelak Segeš & Łada, 2012).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Arbeitnehmerfreizügigkeit eine wichtige symbolische Bedeutung für den Prozess von *Debordering* in den bilateralen Beziehungen, aber nur einen geringen Einfluss auf die Wanderungsbewegungen zwischen Polen und Deutschland hatte. Deutschland war nach 2011 wie zuvor ein wichtiges Zielland für polnische Migrant:innen. Die Berichterstattung in den Medien hat sich im Laufe der Zeit verändert, wobei die anfängliche Betonung von Ängsten einer differenzierteren Betrachtung der Vorteile der Migration gewichen ist.

3. Die diskursiven Praktiken von Rebordering der PiS-Regierung im Kontext der Migrationskrise

Die Politik der nationalkonservativen polnischen Partei PiS, die zwischen 2015 und 2023 an der Macht war, hat eine zunehmende Fragmentierung der Gesellschaft in Polen begünstigt und die Schengen-Idee der offenen Grenzen im deutsch-polnischen Grenzraum herausgefordert. Insbesondere in diesen Jahren manifestierten sich Homophobie und Xenophobie als strategische Elemente politischer Mobilisierung, wodurch eine nationalistische Agenda gefestigt wurde. Diese Entwicklungen lassen sich im Kontext einer globalen Dichotomie zwischen Integration und Abschottung verorten, die Brambilla et al. (2015, S. 15) als Spannungsfeld zwischen Globalisierungseffekten und reaktionären Schutzmechanismen beschreiben. Die sogenannte Flüchtlingskrise von 2015 (Grosse & Hettnarowicz, 2016) fungierte als Katalysator für eine ideologische Neuausrichtung in der polnischen Politik (Bill & Stanley, 2020). In diesem Zuge vollzog sich eine Polarisierung der Gesellschaft in Polen, in der nationalistische, anti-migrantische und homophobe Diskurse zunehmend institutionalisiert wurden (Žuk & Žuk, 2018, 2022). Insbesondere die katholische Kirche spielte eine zentrale Rolle in der Legitimierung dieser Positionen, während liberale, pro-europäische Strömungen als Gegenpol eine offene Gesellschaft propagierten. Mediale Diskurse fungierten dabei als Arena der ideologischen Auseinandersetzung, in der sich konkurrierende Deutungsrahmen unversöhnlich gegenüberstanden. Angelehnt an wichtige ontologische, epistemologische und methodologische Entwicklungen in den Border Studies (Moze & Spiegel, 2022) sollen im Folgenden Beispiele herangezogen werden, die auf die symbolische, ästhetische und semiotische Darstellung von Grenzen hindeuten. Auf diese Weise können die Reproduktion, der Widerspruch und die Untergrabung von Grenzen auch symbolisch dargestellt werden (Bembnista, 2024; Schimanski & Nyman, 2021; Schimanski & Wolfe, 2017;), wobei der Schwerpunkt auf dem Visuellen und seinen Verflechtungen mit hegemonialen und gegenhegemonialen Prozessen liegt, die Grensräume formen (Moze & Spiegel, 2022, S. 2).

Ein emblematisches Beispiel für diese ideologische und symbolische Grenzziehung stellt die von der PiS-Regierung unterstützte Aktion „Rosenkranz an die Grenze“ dar. Diese religiöse Manifestation, die von Regierungsvertreter:innen wie der damaligen Premierministerin Beata Szydło aktiv gefördert wurde, trug zur symbolischen Konstruktion territorialer und kultureller Abgrenzungen bei (Bembnista, 2024). Die Subventionie-

rung von Transportmitteln zur Teilnahme an der Aktion (Oworusko, 2017) verdeutlicht die strategische Einbindung religiöser Narrative in staatliche Politik. Hier zeigt sich eine spezifische Form der *Rebordering*-Praxis, in der religiöse Symbolik zur Legitimierung nationalistischer Abwehrmechanismen genutzt wird. Parallel zur anti-migrantischen Rhetorik intensivierte die PiS-Regierung auch die politische Marginalisierung der LGBTQI+-Gemeinschaft. Seit Ende 2019 initiierte die radikal-katholische Organisation Ordo Iuris die Einrichtung sogenannter „LGBT-freier Zonen“ in Polen. Diese Territorialisierungspraktiken wurden nicht nur von lokalen Politiker:innen und kirchlichen Funktionsträgern unterstützt, sondern auch durch offizielle Verordnungen und symbolische Akte wie die Verteilung von Aufklebern mit der Aufschrift „Strefa wolna od LGBT“ [LGBT-freie Zone] durch die regierungsnahe Zeitung *Gazeta Polska* bekräftigt. Diese Praktiken verdeutlichen eine gezielte Konstruktion sozialer Unsicherheiten durch die Schaffung eines binären In-Out-Musters, was die Wahrnehmung von Ungewissheit in diesem Grenzraum unterstreicht (Bembnista, 2024, S. 133). Als Reaktion auf diese exkludierenden Maßnahmen entstanden oppositionelle Strategien der Sichtbarmachung und Solidarisierung, etwa durch das digitale Projekt *Atlas nienawiści* (Atlas des Hasses). Gleichzeitig formierten sich transnationale Solidaritätsnetzwerke, wie sich in der grenzüberschreitenden Sichtbarmachung von pro-LGBTQI+-Botschaften zeigte. So markierten Aktivist:innen die Brücke zwischen Ślubice (Polen) und Frankfurt/Oder (Deutschland) mit Stickern mit Regenbogenhintergrund, die den Schriftzug „Tu jesteś u siebie“ [Hier bist Du bei Dir] trugen (Märkische Oderzeitung, 2022). Diese Praktiken sind Ausdruck eines symbolischen Widerstands gegen exkludierende Grenzpraktiken und unterstreichen die politische Dimension territorialer Aushandlungsprozesse.

Die Entwicklungen im deutsch-polnischen Grenzraum verdeutlichen die Auswirkungen der PiS-Regierung auf die Wahrnehmung und Funktionalität des Schengen-Raums. Während die EU das Prinzip offener Grenzen nach innen förderte, betrieb die polnische Regierung durch gezielte *Rebordering*-Maßnahmen eine ideologische und symbolische Abschottung (Jańczak, 2018). Diese Diskrepanz zwischen formeller europäischer Integration und nationalistischen Mobilisierungsstrategien führte zu einem Spannungsverhältnis, das sich nicht nur in der politischen Rhetorik, sondern auch in konkreten gesellschaftlichen Praktiken manifestierte. Polnische Medien verstärkten hierbei Narrative des *Otherings*, also in dem Fall einer Bedrohung von Außen und der Notwendigkeit nationaler Schutzme-

chanismen, während liberale Gegenbewegungen auf transnationale Integrationsstrategien setzten.

Die strategische Nutzung von Unsicherheitsdiskursen durch die PiS-Regierung hat somit nicht nur die innenpolitische Spaltung Polens vertieft (Žuk & Žuk, 2018), sondern auch die integrative Funktion des Schengen-Raums im deutsch-polnischen Grenzraum infrage gestellt. Die im nächsten Abschnitt analysierte Covid-19-Pandemie verstärkte diese Entwicklungen durch temporäre Grenzschließungen, die als Sicherheitsmaßnahmen legitimiert wurden (Laine, 2021; Medeiros et al., 2021). Diese Entwicklungen zeigen, dass Grenzen keineswegs statische Gebilde sind, sondern dynamische Konstrukte, die je nach politischer Interessenlage geformt werden (Gerst et al., 2018). Der deutsch-polnische Grenzraum dient damit als Beispiel für die komplexen Wechselwirkungen zwischen europäischer Integration, nationalistischer Mobilisierung und der strategischen Nutzung von Unsicherheitsdiskursen.

4. Die Covid-19 Pandemie und Grenzbeschränkungen

Eine weitere Herausforderung für die deutsch-polnischen Beziehungen in den Grenzregionen war die Covid-19-Pandemie (dazu u. a. auch Dittel & Weber sowie Staud in diesem Band). Der Ausbruch der Pandemie Mitte März 2020 und die Einführung von Grenzbeschränkungen an vielen EU-Binnengrenzen haben die Verwundbarkeit der offenen Schengen-Grenzen aufgezeigt. Die Reaktionen auf die Pandemie waren überwiegend national und nicht europäisch und wurden im wissenschaftlichen Diskurs als „globaler Nationalismus“ (Bieber, 2022) und als „Beginn des Unilateralismus“ (Böhm, 2021) bezeichnet. Nossem (2020, S. 5) betont sogar, dass wir einen „Pandemien-Nationalismus“ beobachten konnten, der sich in der Einführung nationaler/lokaler Maßnahmen zur Bewältigung der Gesundheitskrise, der Bereitstellung von Behandlungsmöglichkeiten für die eigene Bevölkerung sowie in „zahlreichen Versuchen, anderen Staaten die Schuld zu geben und (rassistisch) mit dem Finger auf sie zu zeigen, weil sie vermeintliche Fehler bei der Bekämpfung der Pandemie gemacht haben“ niederschlug. Casaglia (2021) weist auf das Paradox der Bekämpfung des Virus durch Reterritorialisierung und die Rolle der Grenzen als Instrumente zur Verteidigung der ontologischen Sicherheit hin, da die Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen den Ländern die Wirksamkeit der Maßnahmen hätte verstärken können. In vielen nationalen Diskursen

waren nicht nur physische, sondern auch rhetorische Grenzziehungen zu beobachten, da viele Staatsoberhäupter „über die ausländische Herkunft des Virus spekulierten, oft in abfälligen Begriffen“ (Kenwick & Simmons, 2020, S. E41). Es waren aber die Grenzgänger:innen, deren Leben am stärksten von den Grenzschließungen betroffen war, so dass sie sich sehr aktiv gegen die Einschränkungen einsetzten (Novotný, 2021; Novotný & Böhm, 2022). Gemeinsam mit den Bewohner:innen der Grenzregionen betonten sie die Einzigartigkeit der Grenzgebiete und organisierten Demonstrationen, um die Wiedereröffnung der Grenzen zu fordern (vgl. dazu auch Dittel & Weber, 2024; Wille, 2023).

Die Grenzbeschränkungen wurden von der polnischen Regierung ohne Rücksprache mit den deutschen Entscheidungsträger:innen und den lokalen und regionalen Akteur:innen in beiden Ländern eingeführt. Die Analyse der diskursiven Reaktionen auf die Grenzschließung u. a. in Frankfurt (Oder) und Stubice – einer der Doppelstädte an der deutsch-polnischen Grenze (Kajta & Opiłowska, 2023) – zeigt, dass sich die überwältigende Mehrheit der Kommentare in den sozialen Medien und in Presseartikeln gegen die Grenzschließung und die damit verbundenen Einschränkungen aussprach. In Protestaktionen wurde gefordert, die Grenzen zu öffnen, zum „alten Leben“ zurückzukehren und die Menschen nach Hause zu lassen. Die Demonstrierenden appellierten an die polnische Regierung und betonten die Besonderheit der Grenzregionen, in denen der Alltag transnational geprägt ist. Die Eurobarometer-Umfrage zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit (Eurobarometer 422, 2015) zeigt, dass mehr als 50 % der Befragten die deutsch-polnische Grenze überqueren, um beispielsweise Freizeitaktivitäten nachzugehen, einzukaufen oder Freunde und Verwandte zu besuchen. Und tatsächlich wurden diese pragmatischen Argumente des grenzüberschreitenden Lebens sehr häufig genannt, wie die Aussage einer Bewohnerin von Zgorzelec, die in Görlitz arbeitet, sehr gut verdeutlicht. Für sie ist der Fluss kein Grenzfluss mehr, sondern ein verbindender Fluss. Die beiden Städte Görlitz und Zgorzelec bilden eine Einheit, in der gewohnt, gehandelt, gearbeitet und eingekauft wird:

„Die Schließung der Grenze hat mich persönlich getroffen. Auch weil ich nicht mehr daran geglaubt habe, dass ich so etwas im 21. Jahrhundert selbst erleben würde, mit den Geschichten meiner Eltern und anderer Generationen über geschlossene Grenzen im Hinterkopf.“ (Opielka, 2020, o.S.)

Die Grenzpendler:innen gehörten zu den Bewohner:innen, die im April und Mai 2020 in den polnischen Grenzstädten Proteste gegen die Grenzbeschränkungen organisierten. Auf den Transparenten waren folgende Slogans zu lesen: „Trennt keine Familien“, „Wir wollen arbeiten und in Würde leben“, „Lasst uns arbeiten gehen“ und „Lasst uns nach Hause gehen“.

Aber nicht nur die pragmatischen Folgen der Pandemie wurden beschworen. Die normativen Argumente, die in den Protesten und Appellen verwendet wurden, zeigen, dass die Idee des vereinten Europas und der offenen Schengen-Grenzen von den Grenzbewohner:innen verinnerlicht wurde und einen wichtigen Wert darstellt. Die lokalen Akteur:innen betonten in ihren Appellen an die nationalen Entscheidungsträger:innen die Transnationalität des täglichen Lebens in den Grenzregionen (Opilowska, 2021b). Man sah in den Grenzbeschränkungen nicht nur wirtschaftliche und persönliche Schäden für die Grenzpendler:innen, sondern auch eine Gefahr für die langfristigen Errungenschaften der Integration (Märkische Oderzeitung, 2020). Diese normative Berufung auf europäische Werte wurde auch von den Grenzbewohner:innen verwendet: „[...] wir sind Europa, und Europa ist Einheit, Zusammenarbeit, nicht Teilung und geschlossene Grenzen“ (Opilowska, 2021, S. 595). In Frankfurt (Oder) und Ślubice organisierten die Demonstrant:innen die Aktion unter dem Motto „Weniger Angst, mehr Europa“ und sangen die EU-Hymne „Ode an die Freude“. Sie betonten ihre Zugehörigkeit zu einem vereinten Europa: „Wir sind schon lange in Europa vereint, was besonders hier an der deutsch-polnischen Grenze deutlich wird, wo Menschen über Trennungen und nationale Grenzen hinweg leben und arbeiten (Opilowska et al., 2024, S. 19).

Die Forschung und unsere Interviews zeigen zweierlei Auswirkungen der pandemiebedingten Grenzbeschränkungen auf die Wahrnehmung der deutsch-polnischen Grenze: Erstens hat die Krise die Gewissheit offener Grenzen in Europa in Frage gestellt und die Verletzlichkeit des Schengen-Raums offenbart; zweitens hat sie die Grenzregionen in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt und das Bewusstsein dafür geschärft, wie eng die Grenzregionen wirtschaftlich, sozial und kulturell miteinander verbunden sind (Dittel et al. 2024a, S. 527). Diese schwierige Erfahrung kann in eine Motivation umgewandelt werden, die Errungenschaften der europäischen Integration, wie z. B. die Freizügigkeit im Schengen-Raum, stärker zu schätzen und zu verteidigen. Die lokalen Akteur:innen haben die Notwendigkeit erkannt, die grenzüberschreitenden Instrumente weiter stärken zu müssen. Die Kommunikation über die Grenze hinweg

müsse effektiver werden und die offenen Grenzen als Ressource begriffen werden, wie der folgende Interviewauszug verdeutlicht:

„Stichwort Kommunikation – es kommt immer wieder so ein bisschen dahin zurück –, dass wir da auch diese positiven Aspekte oder die Erfolge, die wir haben, viel stärker in den Fokus gerückt werden. Dadurch, dass dann auch oft wirklich nur der Finger in die Wunde gelegt wird, wenn es negativ ist, weil das natürlich, dann ist es ein Aufreger. Damit erreicht man vielleicht auch ein gewisses Interesse. Aber das hilft uns halt auch nicht immer unbedingt, wenn immer nur der Finger in die Wunde gelegt wird, bei den negativen Belangen, sondern wir müssten auch, glaube ich, viel stärker ausschlichten, was die positiven Ereignisse sind. Und es geht auch darum, wirklich solche Kommunikationsstrategien zu entwickeln.“ (zit. aus Dittel et al. 2024b, S. 41).

5. De- und Rebordering-Praktiken in der Energiekrise

Noch bevor die Energiekrise mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine im Frühjahr 2022 begann und den Schengen-Raum vor Herausforderungen in Sachen Versorgungssicherheit stellte, sorgten Vorläufer-Streitigkeiten im deutsch-polnischen Grenzraum für einen noch schärferen Ton. Denn die polnische Regierung unter der PiS-Partei erklärte auch die Energiewende zu einer ideologischen Kampagne, die zu einer Spaltung der Gesellschaft führte (Žuk et al., 2021). Zum Beispiel wurde in rechtspopulistischen Medien die Behauptung verbreitet, dass die EU und Deutschland versucht hätten, Einfluss auf die polnische Energiepolitik zu nehmen. Dieser angebliche Einfluss habe es der polnischen Regierung ermöglicht, im Energiesektor eine besondere Strategie zu verfolgen, welche bspw. weniger auf EU-Ziele zur Förderung von erneuerbaren Energien abzielte, sondern nationale Strategien zum Ausbau der Förderung von Braunkohle favorisierte – Szulecki (2020) bezeichnet diese Strategie als eine „Politik der Ausnahme“. Auch wenn eine national ausgerichtete Energiepolitik im europäischen Raum nichts Unübliches darstellt (und diese daher im Grenzraum besonders spürbar ist), lässt sich festhalten, dass besonders an der deutsch-polnischen Grenze Uneinigkeit besteht.² Diese Uneinigkeit in Sa-

2 Entgegen einer kohärenten europäischen Idee in der Energiepolitik, wie es die EU mit Programmen wie dem Green Deal hinsichtlich eines Dekarbonisierungskurses

chen Energiepolitik wurde besonders deutlich im Streit um den Braunkohle-tagebau Turów³, welcher im Dreiländereck von Polen, der Tschechischen Republik und Deutschland liegt und zeitlich noch vor der Energiekrise im Jahr 2021 gipfelte. In Polen wird die Erhaltung des Kohletagebaus häufig als eine Frage der nationalen Souveränität wahrgenommen (Bembnista & Gailing, 2024a; Kuchler & Bridge, 2018). Dieses Phänomen ließ sich sehr gut in lokalen Printmedien, wie auch in Expert:inneninterviews beobachten. So forderten protestierende Tagebauarbeiter:innen oft, dass die Machthaber:innen diesseits und jenseits ihrer Landesgrenzen die Hände von Turów lassen sollen. Sie wollten sich nicht bevormunden lassen, da sie keine „Kolonie“ Deutschlands und der Europäischen Union seien (Gazeta Wrocławska, 2021a). Dieser Diskurs spiegelt die antideutsche und antieuropäische Rhetorik wider, die unter der PiS-Regierung florierte (Żuk & Żuk, 2018, 2022) und besonders im Energiesektor vorherrschte (Żuk & Szulecki, 2020; Żuk et al., 2021). Auf nationaler Ebene wurde die Debatte um die Schließung von Turów dadurch angeheizt, dass der damalige polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki immer wieder betonte, dass die Stilllegung des Tagebaus nicht nur den Verlust von Tausenden von Arbeitsplätzen zur Folge hätte, sondern vor allem die nationale Energiesicherheit auf dem Spiel stünde, da Turów 4–7 % der Stromproduktion des Landes ausmacht (Gazeta Wrocławska, 2021b). Diese strategische Funktion wurde auch im Zusammenhang mit der Energiekrise nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine noch einmal ausdrücklich betont, weshalb der dringende Wunsch bestand, an der Kohleverstromung festzuhalten (Lausitzer Rundschau, 2022), um so auch eine Vorreiterrolle in Sachen Unabhängigkeitsbestre-

versucht, konnte die polnische Regierung auf diese Weise ihren nationalen Alleingang weiter forcieren. Deutschlands Verpflichtung zum Kohleausstieg bis 2038 und der Atomausstieg im Jahr 2023 mit einem strategischen Schwerpunkt auf Windenergie (International Energy Agency, 2020) steht im Gegensatz zu Polens anhaltender Abhängigkeit von Kohle (z. B. soll bis zum Jahr 2044 der Kohleanteil weiterhin bis zu 43 % betragen; Ceglarz, 2021), sowie der geplanten Errichtung von Atomkraftwerken in naher Zukunft.

- 3 Der Tagebau Turów ist für Polen von zentraler Bedeutung, da dieser etwa 7 % des Energiebedarfs des Landes deckt und 3.600 Menschen ihren Lebensunterhalt sichert (Boffey, 2021). Laut dem polnischen Ministerium für Klima und Umwelt (2021) sieht die Energiepolitik des Landes eine Ausweitung des Kohletagebaus bis zum Jahr 2040 vor, während die Betriebsgenehmigung für Turów bis 2044 verlängert wurde. Der Europäische Gerichtshof entschied jedoch, dass die Verlängerung der Lizenz illegal war, und verhängte tägliche Geldstrafen gegen Polen (Boffey, 2021). Trotz dieser Sanktionen betrieb Polen den Tagebau weiter und verschärfte damit den Konflikt mit der EU.

bungen von russischen Energieträgern einzunehmen. Nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine sah sich die deutsche Regierung gezwungen, die Kohlenutzung angesichts der herrschenden Energiekrise rasch zu erhöhen. Dennoch blieb der langfristige Übergang zu erneuerbaren Energiequellen unverändert⁴ (Agora Energiewende, 2024).

Die Diskrepanz zwischen der nationalen Energiepolitik und den europäischen Klimazielen zeigt sich beispielhaft in der deutsch-polnischen Grenzregion, wo lokale Strategien häufig im Widerspruch zu nationalen Maßnahmen stehen. Dies führt einerseits zu Konflikten, wie im Fall Turów, kann aber auch den Weg für neue Ansätze der Zusammenarbeit ebnen (Bouzarovski et al., 2015), etwa Initiativen wie das Programm „United Heat“ in der Doppelstadt Görlitz-Zgorzelec (Bembnista & Gailing, 2024b). Dieses Projekt stellt ein besonders herausragendes Beispiel für ein Fernwärmeprojekt dar. Zukünftig soll es nicht nur den Wärmebedarf in Zgorzelec decken, sondern auch das deutsche Fernwärmegebiet Görlitz-Königshufen über eine grenzüberschreitende Fernwärmeleitung versorgen (Veolia, 2021). Da Görlitz und Zgorzelec im Herzen des historischen Kohle- und Industriegürtels von Zwickau bis Kattowitz liegen, ist es naheliegend, wie die Expert:innen betonten, dass hier die „Tradition eines Brückenbauprojektes im Energiesektor“ (E-IP_7_DE_reg)⁵ fortgeführt und die Doppelstadt als „Ort der Möglichkeiten“ gesehen (IP_13_FG3) wird. Obwohl die netzwerkartige Verbindung an diesen besonderen Standorten oft als „absolut logisch“ (IP_13_FG4; IP_13_FG3; E-IP_7_DE_reg) angesehen wird, stellt die hohe bürokratische Hürde eine erhebliche Herausforderung für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit dar. Insbesondere im Schengen-Raum, der zwar offene Grenzen ermöglicht, jedoch keine einheitlichen regulatorischen Rahmenbedingungen für solche Projekte bietet, erweist sich die fehlende Mehrebenen-Governance als Hindernis. Bisher konnten weder Leitlinien noch Mechanismen der Europäischen Union dieses Problem lösen:

„Es gibt also einige Lösungsvorschläge seitens der EU, aber es sind nur Subventionen. Aber es sagt nichts über das Gesetz, über die gemeinsame

-
- 4 Im Gegensatz dazu stellte Polen, ein Land mit einem bedeutenden Kohleabbau, auch in der Region Bogatynia, direkte Subventionen für Haushalte mit Kohleverbrennung bereit und verkaufte sogar Kohle an die Öffentlichkeit (Lausitzer Rundschau 2022).
 - 5 Die Kürzel der Interviews beinhalten jeweils Informationen zur Art der Interviewpartner:innen (z. B. E-IP; Expert:inneninterview), zur Nummer des jeweiligen Interviews (z. B. _7_), zur Nationalität bzw. Sprache (z. B. _DE_) und zur geographischen Skalierung des Interviews (z. B. reg = regionale/r Akteur:in).

Regulierung aus, und diese sind völlig unterschiedlich, zum Beispiel in Bezug auf Fernwärmepreise in Polen. [...] Es ist eine andere Verordnung und man muss eine Lösung finden, aber niemand hat jetzt die Lösung.“ (IP_13_FG4).

Gleichzeitig bleibt die EU durch den Green Deal, Fit for 55 und die Richtlinien für erneuerbare Energien, die den Übergang zu erneuerbaren Energien in ganz Europa beschleunigen sollen, eine zentrale Akteurin bei der Energiewende. Die Umsetzung grenzüberschreitender Energieprojekte bleibt jedoch aufgrund des Vorrangs nationaler Interessen eine Herausforderung, was das Konzept eines offenen und kooperativen Schengen-Raums in Frage stellt – trotz des Strebens nach wirtschaftlicher Integration und gemeinsamen Umweltzielen. Die anhaltenden Spannungen entlang der europäischen Grenze veranschaulichen die erheblichen Herausforderungen, die mit der Suche nach gemeinsamen europäischen Lösungen verbunden sind.

6. Diskussion und Ausblick

Die deutsch-polnische Grenze hat sich in den letzten 18 Jahren des Schengener Übereinkommens als ein dynamisches und vielschichtiges Gebiet erwiesen. Die Ungewissheit über Gebietsverluste und -ansprüche sowie das jahrzehntelange Fehlen einer offiziellen Bestätigung eines nach dem Zweiten Weltkrieg neu geschaffenen Territoriums und einer systematischen gemeinsamen Aufarbeitung der Geschichte prägen diese Region noch immer. Dennoch haben Wege zur europäischen Integration dazu beigetragen, dass sich hier ein transnationales, wenn auch komplexes, Umfeld entwickelt hat. So bleibt der Prozess der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der wirtschaftlichen Integration beider Länder trotz politischer Spannungen und sozialer Herausforderungen von großer Bedeutung.

Die Migrationskrise und die Covid-19-Pandemie haben jedoch neue Impulse für die Grenzpolitik gesetzt, die häufig von Sicherheitsbedenken und nationalstaatlichen Interessen geprägt ist. Besonders die diskursiven Praktiken des *Rebordering*, wie sie unter der PiS-Regierung in Polen zu beobachten waren, haben das (Gefahren-)Potenzial, die europäische Idee der offenen Grenzen in Frage zu stellen. Die Einführung von Grenzbeschränkungen als Reaktion auf die Pandemie sowie die politischen Auseinandersetzungen im Kontext der Energie-Krise verdeutlichen, dass Grenzfragen zunehmend zu einem Schauplatz geopolitischer Konflikte werden. In Kri-

senzeiten äußert sich so die Ungewissheit in Bezug auf Energiesicherheit (Schuchardt, 2022) und die Erfahrungen aus der Pandemie vor allem in zwei Richtungen: Einerseits können Krisensituationen auch Konflikte hervorrufen, die einen Rückzug in einen „globalen Nationalismus“ (Bieber, 2022) verstärken. Andererseits lassen Krisen auch Effekte der grenzübergreifenden Empathie sowie (Energie-)Solidarität entstehen, wobei die Grenze als Ressource verstanden wird. Die deutsch-polnische Grenze ist daher nicht nur eine geografische Trennung, sondern auch ein politisches, soziales und wirtschaftliches Symbol für die Herausforderungen und Chancen des europäischen Integrationsprozesses.

Obwohl die grenzüberschreitenden Beziehungen zwischen Deutschland und Polen in den letzten zwei Jahrzehnten Höhen und Tiefen erlebt haben und von zahlreichen Krisen geprägt waren, die das Schengener Übereinkommen auf die Probe stellten, kann die deutsch-polnische Nachbarschaft in den Grenzregionen als reif bezeichnet werden. Um auf die im Titel gestellte Frage zurückzukommen und die Beziehungen im deutsch-polnischen Grenzraum nach 18 Jahren Schengener Übereinkommen bewerten zu können, soll zuerst das Konzept der Nachbarschaft kurz erläutert werden. Dębicki & Makaro (2020, 2021) definieren Nachbarschaft – im Falle der Grenzregionen handelt es sich um eine Mezzo-Nachbarschaft – als ein komplexes soziales Phänomen, das sich nicht auf physische Nähe beschränkt, sondern aus räumlichen, emotionalen und relationalen Dimensionen besteht, die von der Wahrnehmung und Anerkennung der Nachbar:innen, sozialen Praktiken, kulturellen Diskursen und historischen Ereignissen geprägt sind. In Anlehnung an die Überlegungen der Autor:innen kann man sagen, dass eine reife Nachbarschaft die am weitesten entwickelte Form der Relationen ist, in der soziale Beziehungen, Kommunikation und Interaktion zwischen Nachbarn eine zentrale Rolle spielen.

Reife schließt jedoch Krisen nicht aus. Nachbarschaft ist dynamisch und hängt von vielen Faktoren ab (z. B. von Wissen übereinander, von gesellschaftlichen Praktiken und Diskursen, von der geopolitischen Situation). Nachbarschaft ist daher nicht als Zustand, sondern als Prozess zu verstehen, der von den Individuen immer wieder neu gestaltet wird. Unsere Forschung zeigt, dass lokale Akteur:innen und Grenzraumbewohner:innen von der gegenseitigen Interdependenz überzeugt sind und die offenen Grenzen im Schengen-Raum als Grundlage für gute nachbarschaftliche Beziehungen wahrnehmen (Bembnista & Gailing 2024a, 2024b; Opilowska 2021a).

Literaturverzeichnis

- Agora Energiewende. (2024). *Die Energiewende in Deutschland: Stand der Dinge 2023. Rückblick auf die wesentlichen Entwicklungen sowie Ausblick auf 2024*. Berlin.
- Bembnista, K. (2024). Un/Certain Borderlands: Multimodal Discourses of Border Renaissance in Polish and German Media. *Borders in Globalization Review*, 5(1), 125–138. <https://doi.org/10.18357/bigr51202421523>
- Bembnista, K., & Gailing, L. (2024a). The Socio-Spatiality of Energy Borderlands – Multidimensional Discursive Practices Regarding the Turów Coal Mine Conflict. *Journal of Borderlands Studies*, online first, 1–20. <https://doi.org/10.1080/08865655.2024.2330058>
- Bembnista, K., & Gailing, L. (2024b). Energy Borderlands: zwischen lokalen grenzüberschreitenden Energieprojekten und nationalen Energiestrategien. In S. Bonin, L. Gailing, K. Mangels, T. Schank, & D. Zinkhahn-Rhobodes (Hrsg.), *Linking Borderlands. Komplexität, Dynamik, Interdisziplinarität* (S. 73–84). Nomos.
- Bieber, F. (2022). Global Nationalism in Times of the COVID-19 Pandemic. *Nationalities Papers*, 50(1), 13–25. <https://doi.org/10.1017/nps.2020.35>
- Bill, S., & Stanley, B. (2020). Whose Poland Is it to Be? PiS and the Struggle between Monism and Pluralism. *East European Politics*, 36(3), 378–394. <https://doi.org/10.1080/021599165.2020.1787161>
- Brambilla, C. (2015). Exploring the Critical Potential of the Borderscapes Concept. *Geopolitics*, 20, 14–35. <https://doi.org/10.1080/14650045.2014.884561>
- Boffey, D. (2021). Poland Vows to Keep Coalmine Open Despite €500,000 a Day ECJ Fine. *The Guardian*, September 21.
- Böhm, H. (2021). Five Roles of Cross-border Cooperation Against Re-bordering. *Journal of Borderlands Studies*, 38(3), 487–506. <https://doi.org/10.1080/08865655.2021.1948900>
- Bouzarovski, S., Bradshaw, M., & Wochnik, A. (2015). Making territory through infrastructure: The governance of natural gas transit in Europe. *Geoforum*, 64, 217–228. <https://doi.org/10.1016/j.geoforum.2015.06.022>
- Casaglia, A. (2021). Borders and Mobility Injustice in the Context of the Covid-19 Pandemic. *Journal of Borderlands Studies*, 36(4), 695–703. <https://doi.org/10.1080/08865655.2021.1918571>
- Ceglarz, A. (2021). Untapped Horizons and Prevailing Domestic Beliefs – Bilateral Climate and Energy Relations from Polish Perspective. In: E. Opiłowska & M. Sus (Hrsg.), *Poland and Germany in the European Union. The Multidimensional Dynamics of Bilateral Relations* (S. 165–184). Routledge.
- Dębicki, M. & Makaro, J. (2020). Sąsiedztwo narodowe. In E. Opiłowska, M. Dębicki, K. Dolińska, J. Kajta, Z. Kurcz, J. Makaro & N. Niedźwiecka-Iwańczak (Hrsg.), *Studia nad granicami i pograniczami. Leksykon* (S. 349–358). Wydawnictwo Naukowe Scholar.
- Dębicki, M. & Makaro, J. (2021). The category of national neighborhood as a complement to the concept of embedded bilateralism: the Polish-German case. In E. Opiłowska & M. Sus (Hrsg.), *Poland and Germany in the European Union. The Multidimensional Dynamics of Bilateral Relations* (S. 74–89). Routledge.

- Dittel, J. & Weber, F. (2024). Solidarität in Europa: Die Covid-19-Pandemie als Impuls für eine resilientere grenzüberschreitende Kooperation? In P. Oster, T. Giegerich, F. Weber & K. Höfer (Hrsg.), *Solidarität in Europa | Europäische Solidarität: Akten zur 3. Saarbrücker Europa-Konferenz* (S. 121–149). Nomos.
- Dittel, J., Opiłowska, E., Weber, F. & Zawadzka, S. (2024a). The Covid-19 Pandemic as a Driver for Transformation Processes in European Border Regions? A Comparative Analysis of Franco-German and German-Polish Borderlands. In F. Weber, O. Kühne & J. Dittel (Hrsg.), *Transformation Processes in Europe and Beyond. Regionale Geographien | Regional Geographies* (S. 503–534). Springer VS.
- Dittel, J., Opiłowska, E., Weber, F. & Zawadzka, S. (2024b). Résilience de la coopération transfrontalière en Europe – Recommandations d'action pour les régions frontalières germano-polonaises et franco-allemandes | Resiliencja grenzüberschreitender Kooperation in Europa – Handlungsempfehlungen für deutsch-polnische und deutsch-französische Grenzräume | Rezyliencja współpracy transgranicznej w Europie – Rekomendacje dla polsko-niemieckiego i francusko-niemieckiego pogranicza. *UniGR-CBS Policy Paper* 5. <https://doi.org/10.5281/zenodo.11083278>
- Eurobarometer 422 (2015). Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der EU. Zusammenfassung. *Flash Eurobarometer 422-TNS Political & Social*. <https://doi.org/10.2776/964957>
- Frelak Segeš, J. & Łada, A. (2012). *Znikająca granica. Nowa Polska migracja do Niemiec – perspektywa lokalna*. Instytut Spraw Publicznych.
- Gardner Feldman, L. (1999a). Reconciliation and legitimacy: foreign relations and enlargement of the European Union. In T. Banchoff & M.P. Smith (Hrsg.), *Legitimacy and the European Union: the contested polity* (S. 67–93). Routledge.
- Gardner Feldman, L. (1999b). The Principle and Practice of “Reconciliation” in German Foreign Policy: Relations with France, Israel, Poland and the Czech Republic’. *International Affairs*, 75(2), 333–356.
- Gazeta Wrocławska (2021a). *Warszawa: Protest górników i energetyków, utrudnienia w centrum, „Nie jesteśmy kolonią państwa niemieckiego”*, 09. Juni 2021. <https://gazetawroclawska.pl/warszawa-protest-gornikow-i-energetykow-utrudnienia-w-centrum-zdjecia-nie-jestesmy-kolonia-panstwa-niemieckiego/ar/c1-15653342>
- Gazeta Wrocławska (2021b). *PGE nie może się zgodzić na zamknięcie kopalni Turów. Prezes: To szantaż!*, 22. Mai 2021. <https://gazetawroclawska.pl/pge-nie-moze-sie-zgodzic-na-zamkniecie-kopalni-turow-prezes-to-szantaz/ar/c1-1562578>
- Gazeta Prawna (2011). *Niemcy obawiają się otwarcia rynku pracy*, 27. Februar 2011. http://praca.gazetaprawna.pl/artykuly/491071,niemcy-obawiaja_sie_otwarcia_rynk_u_pracy.html
- Gerst, D., Klessmann, M., Krämer, H., Sienknecht, M., & Ulrich, P. (Hrsg.). (2018). Themenschwerpunkt: Komplexe Grenzen. *Berliner Debatte Initial*, 29(1), 3–11. <http://hdl.handle.net/10419/218844>
- Grosse, T. G. & Hettmarowicz, J. (2016). The Discourse of Solidarity and the European Migrant Crisis. *Yearbook of Polish European Studies*, 19, 35–60.
- Horbacz, A. (2020). Pogranicze ponownie protestuje. „Otwórzcie granice!”. *Deutsche Welle*, 10 May [online]. <https://p.dw.com/p/3bziZ>

- International Energy Agency (2020). Germany 2020. *Energy Policy Review*.
- Kaczmarczyk, P. & Łukowski, W. (Hrsg.) (2004). *Polscy pracownicy na rynku Unii Europejskiej*. Wydawnictwo Naukowe Scholar.
- Kajta, J. & Opilowska, E. (2023). Community Response to Rebordering Politics: The Case of Two Twin Towns in Central Europe." *Nationalities Papers*, 51(6), 1319–1335. <https://doi.org/10.1017/nps.2022.15>
- Kenwick, M. R. & Simmons, B. A. (2020). Pandemic Response as Border Politics. *International Organization*, 74(S1), E36–E58. <https://doi.org/10.1017/S0020818320000363>
- Märkische Oderzeitung (2020). Corona-Grenzschließungen. Mediziner schreiben an Kanzlerin Merkel und an Polens Staatspräsidenten Duda. 11. April 2020.
- Kuchler, M., & Bridge, G. (2018). Down the black hole: Sustaining national socio-technical imaginaries of coal in Poland. *Energy Research & Social Science*, 41, 136–147. <https://doi.org/10.1016/j.erss.2018.04.014>
- Laine, J. P. (2021). Beyond Borders: Towards the Ethics of Unbounded Inclusiveness. *Journal of Borderlands Studies*, 36(5), 745–763. <https://doi.org/10.1080/08865655.2021.1924073>
- Lausitzer Rundschau (2022). Kohleausstieg bis 2030 macht keinen Sinn mehr – ein Kommentar, 22. März 2022. https://www.lr-online.de/nachrichten/brandenburg/ukraine-krieg-und-folgen-kohleausstieg-bis-2030-macht-keinen-sinn-mehr_-ein-kommentar-63443665.html
- Medeiros, E., Guillermo Ramírez, M., Ocskay, G. & Peyrony, J. (2021). Covidfencing effects on cross-border deterritorialism: the case of Europe. *European Planning Studies*, 29(5), 962–982.
- Moze, F., & Spiegel, S. J. (2022). The aesthetic turn in border studies: Visual geographies of power, contestation and subversion. *Geography Compass*, 16(4), e12618. <https://doi.org/10.1111/gec3.12618>
- Nossem, E. (2020). The Pandemic of Nationalism and the Nationalism of Pandemics. *UniGR-CBS Working Paper* 8.
- Novotný, L. (2021). Effects of ‘covidfencing’ on cross-border commuting: a case of Czech-German borderland. *European Planning Studies*, 30(4), 590–607. <https://doi.org/10.1080/09654313.2021.1986470>
- Novotný, L. & Böhm, H. (2022). New Re-bordering Left Them Alone and Neglected: Czech Cross-Border Commuters in German-Czech Borderland. *European Societies*, 24, 333–353. <https://doi.org/10.1080/14616696.2022.2052144>
- Opielka, J. (2020). Corona bringt Deutsche und Polen nicht auseinander. *Berliner Zeitung*, 6. Juli [online]. <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/corona-bringt-deutsche-und-polen-nicht-auseinander-li.91290>
- Opilowska, E. (2009). *Kontinuitäten und Brüche deutsch-polnischer Erinnerungskulturen: Görlitz/ Zgorzelec 1945– 2006*. Neisse Verlag.

- Opilowska, E. (2012). Die Arbeitnehmerfreizügigkeit zwischen Polen und Deutschland – Fakten, Daten, Trends. Interdisziplinäre Bilanz nach eineinhalb Jahren. In D. Jajeśniak-Quast, L. Kiel, & M. Kłodnicki (Hrsg.), *Arbeitnehmerfreizügigkeit zwischen Deutschland und Polen – eine Zwischenbilanz aus unterschiedlichen Perspektiven / Swobodny przepływ pracowników między Polską a Niemcami – próba bilansu z różnych perspektyw* (S. 21–34). Epubli.
- Opilowska, E. (2021a). Determinants of cross-border cooperation in the Polish German borderland. In E. Opilowska & M. Sus (Hrsg.), *Poland and Germany in the European Union. The Multidimensional Dynamics of Bilateral Relations* (S. 208–226). Routledge.
- Opilowska, E. (2021b). The Covid-19 crisis: the end of a borderless Europe? *European Societies*, 23(S1), S589–S600. <https://doi.org/10.1080/14616696.2020.1833065>
- Opilowska, E. & Sus, M. (Hrsg.). (2021). *Poland and Germany in the European Union. The Multidimensional Dynamics of Bilateral Relations*. Routledge.
- Opilowska, E., Moll, L., Bączkiewicz, D., Sarmiento-Mirwaldt, K., Nicolson, M., Engl, A., Mitterhofer, J., Prokkola, E.-K., Andersen, D., Svensson, S., Nilson, T. (2024). *Progress report on borderlanders' perceptions of Europe discussing theoretical concepts, outlining the need for further empirical research*. <https://www.sdu.dk/en/forskning/fo-rskningsenheder/samf/b-shapes/results/reports>
- Oworuszko, J. (2017, 8. Oktober). Różaniec do granic – zagraniczne media skrytykowały wydarzenie. *Gazeta Lubuska*. <https://gazetalubuska.pl/rozaniec-do-granic-zagraniczne-media-krytycznie-o-akcji/ar/12558278>
- Polish Ministry of Climate and Environment. (2021). *Energy Policy of Poland Until 2040. Development Strategy for the Fuel and Energy Sector*.
- Schimanski, J., & Nyman, J. (2021). *Border images, border narratives: The political aesthetics of boundaries and crossings*. Manchester University Press.
- Schimanski, J., & Wolfe, S. F. (2017). *Border aesthetics: Concepts and intersections*. Berghahn Books.
- Schuchardt, K. (2022). Zeithorizonte der (Un)Gewissheit. Von temporalen Grenzen in der deutsch-polnischen Lausitz. In M. Trummer, D. Drascek, G. Hirschfelder, L. Möller, M. Tauschek, & C.-M. Dietrich (Hrsg.), *Zeit. Zur Temporalität von Kultur* (S. 157–167). Wachsmann.
- Szulecki, K. (2020). Securitization and State Encroachment on the Energy Sector: Politics of Exception in Poland's Energy Governance. *Energy Policy*, 136, 111066. <https://doi.org/10.1016/j.enpol.2019.111066>
- Ulrich, P. (2021). *Participatory Governance in the Europe of Cross-Border Regions: Cooperation – Boundaries – Civil Society*. Nomos.
- Wille, C. (2023). Europäische Grenzraumforschung in Zeiten der Vergrenzungen: Problemaufriss und Perspektiven. In D. Brodowski, J. Nesselhauf & F. Weber (Hrsg.), *Pandemisches Virus – nationales Handeln: Covid-19 und die europäische Idee* (S. 25–43). Springer VS.

- Wyborcza (2020). Przewodniczący euroregionów apeluje do premiera o otwarcie granic. "Potrzebujemy siebie nawzajem". *Wyborcza.pl*. 19 April 2020 [online]. <https://zielonagora.wyborcza.pl/zielonagora/7,35182,25881560,przewodniczaczy-euroregionow-a-peluje-do-premiera-o-otwarcie-granic.html>
- Veolia. (2021). Klimaschutz kennt keine Grenzen. <https://www.veolutions.veolia.de/de/klimaschutz-kennt-keine-grenzen>
- Żuk, P., & Żuk, P. (2018). Multimodal analysis of the nationalist discourse and historical inspirations of the spectacle of the populist right in Poland between 2015 and 2017. *Discourse Context Media*, 26, 135–143. <https://doi.org/10.1016/j.dcm.2018.07.005>
- Żuk, P., & Żuk, P. (2022). Independence day as a nationalist ritual: the framework of the March of Independence in Poland. *Ethnography*, 23(1). <https://doi.org/10.1177/14661381211073406>
- Żuk, P., Pluciński, P., & Żuk, P. (2021). The Dialectic of Neoliberal Exploitation and Cultural-Sexual Exclusion: From Special Economic Zones to LGBT-Free Zones in Poland. *Antipode*, 53(5), 1571–1595. <https://doi.org/10.1111/anti.12721>
- Żuk, P., & Szulecki, K. (2020). Unpacking the Right-Populist Threat to Climate Action: Poland's Pro-Governmental Media on Energy Transition and Climate Change. *Energy Research & Social Science*, 66, 101485. <https://doi.org/10.1016/j.erss.2020.101485>